



# Stadt Hennigsdorf

Die Wahlbehörde

Stadt Hennigsdorf  
Rathausplatz 1  
16761 Hennigsdorf

Tel (03302) 877-0  
Fax (03302) 877-290

E-Mail [stadtverwaltung@hennigsdorf.de](mailto:stadtverwaltung@hennigsdorf.de)  
Web [www.hennigsdorf.de](http://www.hennigsdorf.de)

## Öffentliche Bekanntmachung

---

### **über das Recht auf Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis und die Erteilung von Wahlscheinen für die Wahl zum Europäischen Parlament und der allgemeinen Kommunalwahlen am 09. Juni 2024**

Die Wahl zum Europäischen Parlament (Europawahl) und die allgemeinen Kommunalwahlen (Wahl zum Kreistag Oberhavel und Wahl zur Stadtverordnetenversammlung Hennigsdorf) werden in der Stadt Hennigsdorf gleichzeitig durchgeführt.

1. Das verbundene Wählerverzeichnis zu den oben genannten Wahlen für alle Wahlbezirke der Stadt Hennigsdorf kann in der Zeit vom **20.Mai 2024 bis 24.Mai 2024** während der allgemeinen Öffnungszeiten des Bürgerbüros im Rathaus (Rathausplatz 1, 16761 Hennigsdorf):

<b>Dienstag:</b>	<b>08.00 - 19.00 Uhr</b>
<b>Mittwoch:</b>	<b>08.00 - 15.00 Uhr</b>
<b>Donnerstag</b>	<b>08.00 – 17.00 Uhr</b>
<b>Freitag</b>	<b>08.00 – 12.00 Uhr</b>

von wahlberechtigten Personen eingesehen werden.

**Wählen kann nur, wer in das Wählerverzeichnis eingetragen ist oder einen Wahlschein hat.**

2. Gemäß § 23 Abs. 3 des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes hat jede wahlberechtigte Person das Recht innerhalb der Einsichtsfrist, die Richtigkeit oder Vollständigkeit der zu ihrer Person im Wählerverzeichnis eingetragenen Daten zu überprüfen. Sofern eine wahlberechtigte Person die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Daten von anderen im Wählerverzeichnis eingetragenen Personen überprüfen will, hat sie Tatsachen glaubhaft zu machen, aus denen sich eine Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit des Wählerverzeichnisses ergeben kann. Die Einsichtnahme in Daten anderer Personen ist ausgeschlossen, wenn für diese im Melderegister eine Auskunftssperre nach § 51 Abs. 1 des Bundesmeldegesetzes eingetragen ist. Das Wählerverzeichnis wird im automatisierten Verfahren geführt. Die Einsichtnahme ist durch ein Datensichtgerät möglich.

### **3. Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis**

Auf Antrag kann in das Wählerverzeichnis eingetragen werden:

- eine wahlberechtigte Person, deren Hauptwohnung außerhalb des Wahlgebiets liegt, wenn sie am Ort der Nebenwohnung einen ständigen Wohnsitz im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches hat;
- eine wahlberechtigte Person, die ohne eine Wohnung innezuhaben sich im Wahlgebiet sonst gewöhnlich aufhält;
- eine/ein wahlberechtigte/r Unionsbürgerin/-bürger, der nicht der Meldepflicht unterliegt.

In den Fällen zu a) hat die betroffene Person in ihrem Antrag in geeigneter Weise glaubhaft zu machen, dass sie am Ort der Nebenwohnung einen ständigen Wohnsitz im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches hat. In den Fällen zu b) hat die betroffene Person in ihrem Antrag in geeigneter Weise glaubhaft zu machen, dass sie sich im Wahlgebiet gewöhnlich aufhält.

Der Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis ist schriftlich oder als Erklärung zur Niederschrift bis spätestens zum 25. Mai 2024 bei o.a. Wahlbehörde zu stellen. Der Antrag muss Familienname, Vornamen, Tag der Geburt und, sofern vorhanden, die genaue Anschrift der wahlberechtigten Person enthalten. Die antragstellende Person hat der Wahlbehörde gegenüber zu versichern, dass sie bei keiner anderen Wahlbehörde die Eintragung in das Wählerverzeichnis beantragt hat. Eine behinderte wahlberechtigte Person kann sich der Hilfe einer Person ihres Vertrauens bedienen; § 53 BbgKWahlV gilt sinngemäß für Hilfeleistung bei der Stimmabgabe.

#### **4. Einspruch gegen das Wählerverzeichnis**

Jede/r Wahlberechtigte, die/der das Wählerverzeichnis für unrichtig oder unvollständig hält, kann bis zum **24. Mai 2024 bis 12.00 Uhr** in der Stadt Hennigsdorf, im Bürgerbüro, Rathausplatz 1 in 16761 Hennigsdorf; Einspruch gegen das Wählerverzeichnis einlegen. Der Einspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift, persönlich oder durch einen Bevollmächtigten, bei der Wahlbehörde einzulegen. Der Einspruch kann die Aufnahme einer neuen Eintragung oder Streichung oder Berichtigung einer vorhandenen Eintragung zum Gegenstand haben. Soweit die behaupteten Tatsachen nicht offenkundig sind, hat der/die Einspruchsführer/in die erforderlichen Beweismittel beizubringen.

5. Wahlberechtigte, die in das Wählerverzeichnis eingetragen sind, erhalten bis spätestens **19. Mai 2024** eine gemeinsame Wahlbenachrichtigung für die Europawahl und die Kommunalwahlen.

Wer keine Wahlbenachrichtigung erhalten hat, aber glaubt, wahlberechtigt zu sein, muss einen Antrag auf Berichtigung des Wählerverzeichnisses stellen, wenn sie/er nicht Gefahr laufen will, dass sie/er ihr/sein Wahlrecht nicht ausüben kann.

**Wählen kann nur, wer in das Wählerverzeichnis eingetragen ist oder einen Wahlschein hat.**

6. Einen **Wahlschein** erhält auf **Antrag** sowohl für die Europawahl als auch für die Kommunalwahlen

6.1 eine wahlberechtigte Person, die in das Wählerverzeichnis **eingetragen** ist.

6.2 eine wahlberechtigte Person, die in das Wählerverzeichnis nicht eingetragen ist,

a) wenn sie nachweist, dass sie ohne ihr Verschulden die Antrags- (bis zum 25. Mai 2024) oder Einspruchsfrist (bis zum 24. Mai 2024) versäumt hat,

b) wenn ihr Recht auf Teilnahme an der Wahl erst nach Ablauf der unter a) genannten Antrags- oder Einspruchsfrist entstanden ist oder

c) wenn ihr Wahlrecht im Einspruchsverfahren festgestellt worden ist und die Wahlbehörde von der Feststellung erst nach Abschluss des Wählerverzeichnisses erfahren hat.

Wahlscheine können schriftlich oder mündlich bis zum **7. Juni 2024, 18.00 Uhr** in der o.a. Wahlbehörde beantragt werden. Die Schriftform gilt auch durch E-Mail, Telefax, oder durch sonstige dokumentierbare Übermittlung in elektronischer Form als gewahrt, wenn der Antrag auch den Tag der Geburt der antragstellenden Person enthält. Eine fernmündliche (telefonische) Antragstellung ist unzulässig.

Wer den Antrag für eine andere Person stellt, muss durch Vorlage einer schriftlichen Vollmacht nachweisen, dass sie/er dazu berechtigt ist.

Ein/e behinderte/r Wahlberechtigte/r kann sich bei der Antragstellung der Hilfe einer anderen Person bedienen.

Wahlberechtigte, die **nicht** in das Wählerverzeichnis **eingetragen** sind (Nr. 6.2 a) bis c)), können Wahlscheine noch bis zum **Wahltag, 15.00 Uhr** beantragen. Gleiches gilt, wenn bei nachgewiesener plötzlicher Erkrankung, das Wahllokal nicht oder nur unter nicht zumutbaren Schwierigkeiten aufgesucht werden kann.

7. Wahlscheininhaber/innen können in einem beliebigen Wahlbezirk des Wahlgebiets oder durch Briefwahl wählen.

8. Ergibt sich aus dem Wahlscheinantrag nicht, dass die wahlberechtigte Person vor einem Wahlvorstand wählen will, erhält sie für **jede beantragte Wahl** mit dem Wahlschein zugleich folgende Briefwahlunterlagen:

- a) ein amtlicher Stimmzettel des Wahlgebiets,
- b) ein amtlicher Stimmzettelumschlag,
- c) ein amtlicher Wahlbriefumschlag und
- d) ein Merkblatt zur Briefwahl sowie ein illustrierter Wegweiser zur Briefwahl

#### **9. Wichtige Hinweise zum Verfahren der Briefwahl**

Für die Wahl zum Europäischen Parlament und die Kommunalwahlen sind die unter a) bis d) genannten Unterlagen zur besseren Unterscheidbarkeit alle verschiedenfarbig und aufgrund der unterschiedlichen Kandidaturen zumeist von unterschiedlicher Größe. Die jeweiligen Briefwahlunterlagen zur Europawahl, Kreistagswahl und der Stadtverordnetenversammlung sind durch die Briefwählerinnen und Briefwähler sortenrein zurückzusenden.

**Als Hilfe nutzen Sie bitte unbedingt den beigegefügt, illustrierten Wegweiser zur Briefwahl bzw. wenden sich bei Fragen an die o.a. Wahlbehörde. Nähere Hinweise darüber, wie durch Briefwahl gewählt wird, sind auch dem Wahlschein zu entnehmen.**

Der Wahlbrief muss in einem verschlossenen Wahlbriefumschlag

- a) den Wahlschein sowie
  - b) in einem verschlossenen Stimmzettelumschlag den Stimmzettel
- enthalten.

Die wahlberechtigte Person kann diese Unterlagen nachträglich bis spätestens am **Wahltag, 15.00 Uhr**, abholen. Die Abholung von Wahlscheinen und Briefwahlunterlagen für eine andere Person ist nur möglich, wenn die Berechtigung zum Empfang der Unterlagen durch Vorlage einer schriftlichen Vollmacht nachgewiesen wird. Außerdem darf die bevollmächtigte Person nicht mehr als vier Wahlberechtigte vertreten. Dies hat sie der Wahlbehörde vor dem Empfang der Unterlagen schriftlich zu versichern. Auf Verlangen hat sich die bevollmächtigte Person auszuweisen.

**Verlorene Wahlscheine und Stimmzettel werden nicht ersetzt.**

Wer nicht lesen kann oder wegen einer körperlichen Behinderung nicht in der Lage ist, die Briefwahl persönlich auszuüben, kann sich der Hilfe einer anderen Person (Hilfsperson) bedienen. Die Hilfsperson

hat durch unterschreiben der „Versicherung an Eides statt zur Briefwahl“ zu bestätigen, dass sie den Stimmzettel nach dem Willen der wahlberechtigten Person gekennzeichnet hat.

Holt die wahlberechtigte Person den Wahlschein und die Briefwahlunterlagen bei der Wahlbehörde persönlich ab, so soll sie die Gelegenheit haben, die Briefwahl an Ort und Stelle auszuüben.

Die briefliche Stimmabgabe ist nur gültig, wenn der **Wahlbrief bis zum Wahltag, 18.00 Uhr**, bei dem auf dem Wahlbriefumschlag angegebenen Empfänger eingegangen ist. Der Wahlbrief sollte daher rechtzeitig auf den Postweg gegeben werden, und zwar möglichst nicht später als Donnerstagmittag vor der Wahl, bei entfernt liegenden Orten noch früher. Bei der Übersendung aus dem Ausland kann der Versand mit Luftpost erforderlich sein.

Beabsichtigen Sie den Wahlbrief persönlich in den Briefkasten einer kommunalen Verwaltung (Rathaus, Kreisverwaltung etc.) einzuwerfen, so sollte es bei der Wahlbehörde erfolgen, die auf dem Wahlbrief als Empfänger steht. Unter Umständen gehen weitergeleitete, nicht empfangergerecht behandelte Wahlbriefe an die zuständige Wahlbehörde nicht mehr rechtzeitig (bis zum Wahltag 18.00 Uhr) ein. Verspätet eingegangene Wahlbriefe sind zurückzuweisen und diese Stimme(n) werden bei Wahl nicht gewertet. Bei der genannten Verfahrensweise tragen die Briefwählerinnen und Briefwähler dieses mögliche Risiko auf eigene Verantwortung.

Die Wahlbriefe werden ohne besondere Versendungsform ausschließlich von der Deutschen Post AG unentgeltlich befördert.

Hennigsdorf, 02.05.2024

gez.

Th. Günther

Bürgermeister